

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Christian Calderone (CDU)

**Wie steht die Landesregierung zum „Böllerverbot“?**

Anfrage des Abgeordneten Christian Calderone (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 08.02.2023

Am 16.01.2023 berichteten u. a. die *Süddeutsche Zeitung* und der *NDR*, dass sich die Justizministerin in der Diskussion um Ausschreitungen in der Silvesternacht gegen ein bundesweites „Böllerverbot“ ausgesprochen habe. Die Justizministerin wird wie folgt zitiert: „Aber wenn Sie mich fragen: Ich würde ein generelles Verbot nicht befürworten, weil ich finde, dass Silvesterfeuerwerk auch zur Brauchtumpflege gehört. Ich fände es unfair, dass nur wegen des Fehlverhaltens Einzelner die gesamte Bevölkerung dafür bestraft würde.“ In der Berichterstattung heißt es weiter, dass die Justizministerin Schwierigkeiten bei der u. a. von Bundesinnenministerin Nancy Faeser geforderten schnellen Verurteilung von Tätern sehe.

In einer Pressemitteilung vom 02.01.2023 wird der Fraktionsvorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag wie folgt zitiert: „(...) Am Ende der Diskussion sollte meiner Ansicht nach auch ein Böllerverbot im privaten Bereich stehen, wie es die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ins Spiel gebracht hat. Pyrotechnik gehört in die Hände jener, die sich damit auskennen (...).“

1. War die Äußerung der Justizministerin zum „Böllerverbot“ innerhalb der Landesregierung abgestimmt? Wenn nein, warum nicht?
2. Gab es Gespräche zwischen der Justizministerin und dem für Gefahrenabwehr zuständigen Innenministerium zum Thema „Böllerverbot“? Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Auffassung hat die Landesregierung zum Thema „Böllerverbot“?
4. Können die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger angesichts der Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der die Landesregierung mittragenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen davon ausgehen, dass das Böllern für Privatpersonen zum nächsten Jahreswechsel in Niedersachsen noch erlaubt sein wird?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Auffassung der Bundesinnenministerin, dass Straftäter im Zusammenhang mit Angriffen auf Rettungskräfte schnelle und deutliche strafrechtliche Konsequenzen spüren müssen?
6. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage der Justizministerin, dass sie Schwierigkeiten bei der u. a. von Bundesinnenministerin Nancy Faeser geforderten schnellen Verurteilung von Tätern sehe? Wenn ja, welche Probleme werden gesehen?
7. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die von der Justizministerin erkannten Schwierigkeiten bei der schnellen Verurteilung zu lösen?
8. Sollte aus Sicht der Landesregierung das „Beschleunigte Verfahren“ nach StPO vereinfacht werden? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wie?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Beweislage - gerade auf größeren öffentlichen Plätzen - zu erleichtern?
10. Wie viele Verfahren mit einer gewöhnlichen Hauptverhandlung und wie viele „beschleunigte Verfahren“ wurden seit 2013 vor den Amtsgerichten in Niedersachsen erledigt? Bitte nach Jahren auflisten.

(Verteilt am 13.02.2023)